

Markus Krall  
Die bürgerliche Revolution

»Geld ist das Barometer der Moral einer Gesellschaft.

Wenn Sie sehen, dass Geschäfte nicht mehr freiwillig abgeschlossen werden, sondern unter Zwang, dass man, um produzieren zu können, die Genehmigung von Leuten braucht, die nichts produzieren, dass das Geld denen zufließt, die nicht mit Gütern, sondern mit Vergünstigungen handeln, dass Menschen durch Bestechung und Beziehungen reich werden, nicht durch Arbeit, dass die Gesetze Sie nicht vor diesen Leuten schützen, sondern diese Leute vor Ihnen, dass Korruption belohnt und Ehrlichkeit bestraft wird, dann wissen Sie, dass Ihre Gesellschaft vor dem Untergang steht.«

**Ayn Rand**

**MARKUS KRALL**

**D!E  
BÜRGERLICHE  
REVOLUTION**

**WIE WIR UNSERE FREIHEIT  
UND UNSERE WERTE ERHALTEN**

**LANGENMÜLLER**

Die Freiheit gewinnt ihren Wert auch aus der Tatsache, dass wir um sie kämpfen müssen.

Gewidmet all denen, die diesem Kampf zum Opfer gefallen sind und ihm noch zum Opfer fallen werden.



© 2020 LangenMüller in der

F. A. Herbig Verlagsbuchhandlung GmbH, Stuttgart

Alle Rechte vorbehalten

Umschlaggestaltung: Network! Werbeagentur GmbH, München

Satz: VerlagsService Dietmar Schmitz GmbH, Heimstetten

Druck und Binden: CPI-books GmbH, Leck

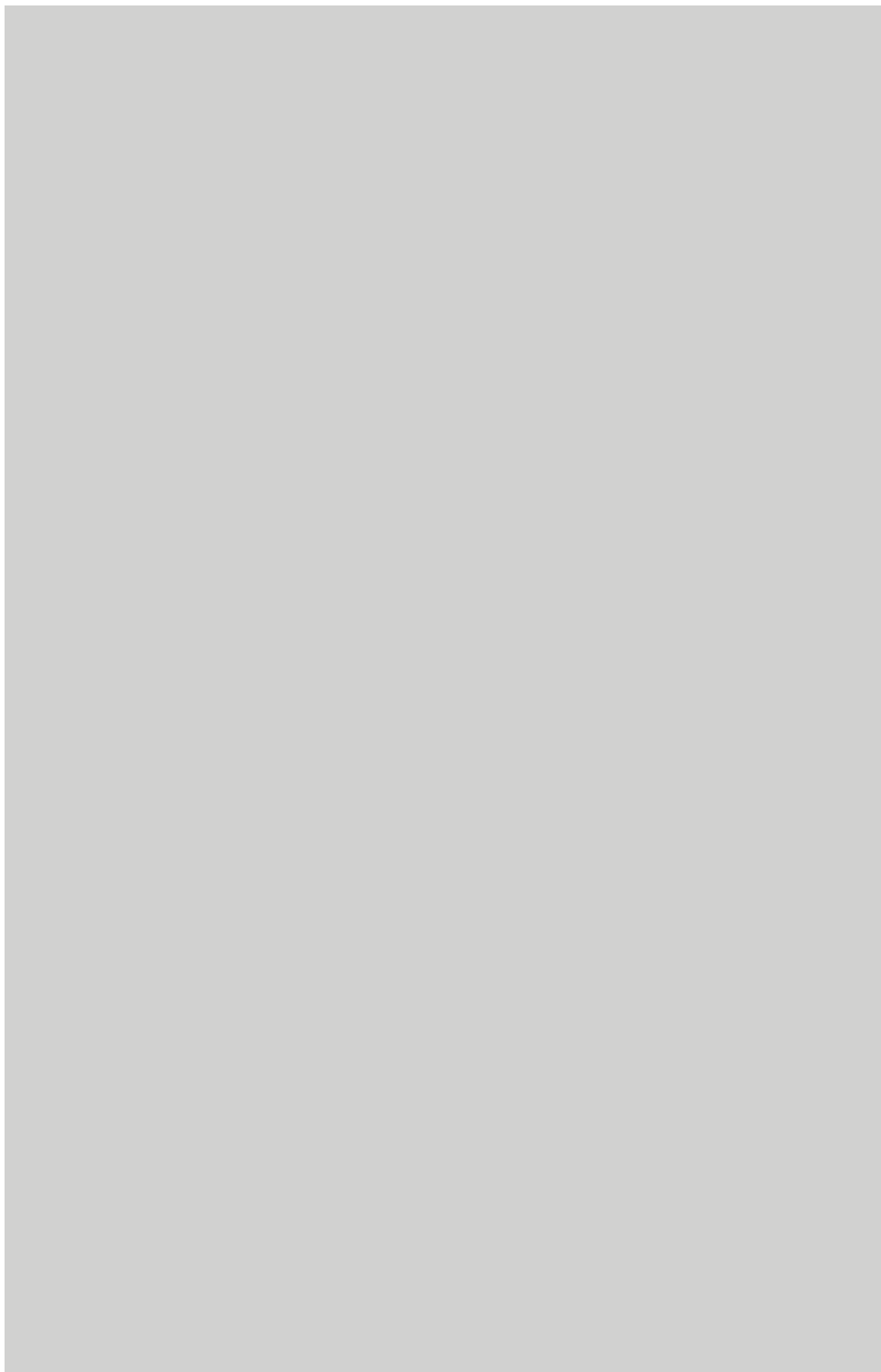
Printed in Germany

ISBN 978-3-7844-3550-3

[www.langen-mueller-verlag.de](http://www.langen-mueller-verlag.de)

# INHALT

- I Prolog: Was ist liberal? 7
- II Freiheit oder Knechtschaft 15
- III Das Versagen der politischen Elite 23
- IV Das Versagen der Kirchen 53
- V Gleichschaltung und Manipulation  
der Medien 71
- VI Die Programmatik des Kulturmarxismus  
versus die Werte der Aufklärung 101
- VII Der nahende Crash des Geldes  
als Chance zur Erneuerung 117
- VIII Eine bürgerliche Revolution  
in Deutschland? 153
- IX Eine neue Ordnung der Freiheit 203
- X Epilog: Die sieben Todsünden  
unserer Gesellschaft 243
  
- Anmerkungen 255
  
- Literaturliste 267



| •

**PROLOG:  
WAS IST LIBERAL?**

»Die Menschen stolpern gelegentlich über die  
Wahrheit, aber sie richten sich danach auf und  
gehen weiter, als sei nichts geschehen.«

**Sir Winston Spencer Churchill**



Als ich 2018 das Buch »Wenn schwarze Schwäne Junge kriegen« publizierte, waren die Reaktionen der liberalen Politik, selbst bei vielen Politikern, die meine kritische Sicht auf den Geldsozialismus der Europäischen Zentralbank für richtig halten, geteilt. Zustimmung kam vor allem von der außerparlamentarischen liberalen Opposition im Lande, die sich in Hayek-Clubs und Erhard-Gesprächszirkeln, in staatspolitischen Vereinigungen und Gruppen organisiert. Aus der Politik wurde mir vorgeworfen, dass meine Ausführungen nicht liberal seien, sondern einem »gefühligen Konservativismus« das Wort redeten. Das sei das Gegenteil von liberal, ja sogar das Gegenteil von dem, wofür Hayek gestanden habe.

Diese Kritik entzündete sich vor allem an meinen Zweifeln an der Parteiendemokratie, an der Anprangerung des Völker-selbstmordes, ausgelöst durch ein auf Umverteilung von Kinderreichen zu Kinderlosen angelegtes Renten- und Sozialsystem und die Freigabe der Abtreibung, an dem Kapitel über das »geostrategische Vakuum«, und damit verbunden der Ablehnung unkontrollierter Einwanderung eines fundamentalistisch orientierten Islam, sowie meinem Ruf nach einer auf Territorialverteidigung fokussierten Milizarmee mit Wehrpflicht nach Schweizer Vorbild.

Ich will gerne konzedieren: Für einen Liberalen der politischen Schule unserer Parteiendemokratie war das alles schwer verdaulich. Hat man sich doch dort in den letzten Jahrzehnten damit begnügt, die Früchte des Wohlstands, welche die Marktwirtschaft zur Verfügung stellt, für selbstverständlich zu halten

und das liberale Dasein auf die »gesellschaftspolitischen Themen« reduziert zu fristen, die man mit Feminismus, sexueller Selbstbestimmung, Gleichstellung von Minderheiten und anderen verwandten Themen zur eigentlichen, wahren und einzigen liberalen Agenda verklärt hat.

Und ja, persönliche Selbstbestimmung ist auch konstitutiv für eine freie Gesellschaft, die dem Diktum Friedrichs des Großen genügen will, dass »jeder nach seiner Façon selig werden könne«. Diese Politik ist jedoch aufgrund ihres Tunnelblicks einer Reihe von fundamentalen Irrtümern aufgesessen.

Die liberale Politik hat nicht erkannt, dass die Früchte der marktwirtschaftlichen Ordnung gegen die Gleichmacher und Umverteiler permanent verteidigt werden müssen, wenn sie erhalten bleiben sollen. Im Gegenteil: Der politische Liberalismus ist auf das süffige Schlagwort vom »dritten Weg« hereingefallen, der für seine Erfinder in Wahrheit nie ein Kompromiss zwischen Marktwirtschaft und Sozialismus sein sollte, sondern eine Zwischenstufe von der Marktwirtschaft zum Sozialismus. Heute sehen wir, dass die Mahner von Hayek bis Baader in dieser Frage recht hatten. Die Politik hat in ihrem Umverteilungs- und gleichmacherischen Wahn jedes Maß verloren, und der Marsch in den planwirtschaftlichen Staatsmonopolkapitalismus gewinnt täglich an Geschwindigkeit. Der stärkste Motor dieser Entwicklung ist unser entgleistes Geldsystem. Hat dies den politischen Liberalismus wachgerüttelt? Bis heute jedenfalls nicht. Dort scheint man sich darauf zu beschränken, die große geistige Auseinandersetzung unserer Tage für eine Marketingübung zu halten. Mehr Arbeit und Mühe fließen in die Auswahl des Farbtons für den Briefkopf und die Plakate des Stellvertreters des parteipolitischen Liberalismus auf Erden als in die Frage, wie eine freiheitliche Republik gestaltet werden sollte.

Die liberale Politik hat auch nicht erkannt, dass eine übersteigerte Vergötzung des Individuums ohne jegliche Bindung

und Verantwortung, den wichtigsten Baustein der freiheitlichen Gesellschaft untergräbt, nämlich die Familie. Freiheitliche Werte stehen nicht isoliert nebeneinander und werden nicht einfach ohne Wechselwirkung auf 100 Prozent maximiert. Ein Element überzubetonen kann zulasten eines anderen Elements der Freiheit gehen. Wenn man das nicht beachtet, wird man zum Opfer neuer »-ismen«, in diesem Fall des Feminismus und des Genderismus.

Beide stehen heute nicht für eine freiheitliche Gesellschaftsordnung, weil der von ihnen propagierte Lebensstil nicht ohne massive Umverteilung und Enteignung der Leistungsträger realisiert werden kann.

Der politische Liberalismus hat in diesem Kontext aber vor allem an einer Stelle in massiver Weise versagt: Er hat die unbedingte *Conditio sine qua non* der Maximierung der Freiheit in einer Gesellschaft vergessen, die da lautet: Die Freiheit des Einzelnen findet ihre Grenze dort, wo die Freiheit und die fundamentalen Rechte des anderen anfangen. Dieser erste und wichtigste Grundsatz wurde durch einen Taschenspielertrick der »linksliberalen«, also der in Wahrheit sozialistisch denkenden und fühlenden Protagonisten des tonangebenden politischen Liberalismus beim Recht auf Leben über Bord geworfen. Dabei ist doch das Recht auf Leben die Voraussetzung dafür, dass der Mensch Freiheit überhaupt ausüben kann. Man hat, indem man eine Gruppe von Menschen des persönlichen Menschseins entkleidet hat, diese Gruppe der vollkommenen Willkür ausgeliefert. Es ist hier die Rede von den Ungeborenen. Diese Politik hat die Menschen in den westlichen Ländern mittlerweile gegenüber dieser Gruppe in einem Ausmaß verroht, dass es keinen Aufschrei mehr verursacht, wenn die Jungsozialisten in Deutschland die totale Freigabe der Abtreibung bis zur Geburt fordern, eine Forderung, die der Auffassung die juristische Tür öffnet, dass ein Kind, welches seine Abtreibung überlebt, auch außerhalb des Mutterleibes noch getötet werden

sollte, weil seine Geburt ja dann nur ein medizinischer Kunstfehler sei, der nach dem Willen der Mutter zu korrigieren ist.<sup>1</sup> In New York hat man diese Forderung im Jahr 2019 zum Gesetz erhoben. In den USA ist diese Forderung Mainstream der sich selbst als »liberal« bezeichnenden Demokratischen Partei.<sup>2</sup>

So öffnen sich durch schrittweise Gewöhnung die Tore zur Barbarei.

Keine Gesellschaft kann ihre Freiheit erhalten, wenn sie die Werte, die diese Freiheit in Wahrheit begründen, mit Nonchalance und Achtlosigkeit über Bord wirft. Während die Umverteiler ständig die Rechte der angeblich Schwachen der Gesellschaft im Munde führen, vergreift sich eine gewaltsam die Augen verschließende Gesellschaft in der Frage der Abtreibung an den Schwächsten in ihrer Mitte mit einer kaum noch überbietbaren Brutalität. Diese Haltung kann niemals liberal sein. Sie ist in Wahrheit eine Perversion des übersteigerten individualistischen Egoismus, der vor den Rechten Schwächerer nicht mehr haltmachen will. Ich sehe die Gefahr, dass es dann nur noch eine Frage der Zeit ist, bis sich seine raubtierartige Natur auch gegen die geborenen Mitmenschen richtet.<sup>3</sup> In der Wollkleidung des Linksliberalen wohnt in Wahrheit ein beinhardter Sozialist, und auf die unvermeidlich genozidale Logik des Sozialismus wird in diesem Buch noch einzugehen sein.

Friedrich von Hayek war gegenüber der Abschaffung von Traditionen und tradierten Normen äußerst skeptisch eingestellt.<sup>4</sup> Er war in diesem Sinne ein konservativer Liberaler. Der Grund dafür ist in seiner Perspektive auf die spontane Ordnung zu sehen, die eben nicht nur das rein ökonomische Leben bestimmt, sondern vor allem das Regelwerk, die Gesellschaftsordnung, die Werte, die der freien Marktwirtschaft zur Entfaltung und zum Erfolg verhelfen. Traditionen und Werte, die über sehr lange Zeit funktioniert haben, haben den Test der gesellschaftlichen Evolution bestanden. Sie sind oft auch dann Grundvoraussetzungen für das Funktionieren der freien

Gesellschaft, wenn wir ihre komplexen Wirkmechanismen gar nicht wissenschaftlich verstanden haben. Erst das Experiment ihrer Abschaffung macht dann oft genug schmerzhaft deutlich, welchen Wertbeitrag sie geleistet haben und warum ihre Zerstörung eine schlechte Idee für den Wohlstand und das Wohlergehen der Gesellschaft und des Einzelnen darstellt.

Der linksliberale gesellschaftspolitische Mainstream verweigert sich dieser Erkenntnis aber und spricht denen ab, liberal zu sein, die das Konzept der spontanen Ordnung auch dort ernst nehmen, wo es nicht nur um Preisbildung und Preissignale des freien Tausches geht. Das ist grundfalsch. Wertkonservatismus, der Werte als das Ergebnis eines evolutionären gesellschaftlichen Prozesses versteht, ist im Gegenteil ein konstitutiver Bestandteil liberalen Gedankengutes.

Wenn wir unsere Freiheit gegen den in vollem Gange befindlichen sozialistischen Angriff erfolgreich verteidigen wollen, dann sollten wir uns das besser schnell und gründlich klar machen.



II •

# FREIHEIT ODER KNECHTSCHAFT

»Man ist frei, die Realität zu ignorieren. Man ist frei, seinen Verstand von jedem Fokus zu befreien und jeden Weg blind hinabzustolpern, den man möchte. Aber man ist nicht frei, den Abgrund zu vermeiden, den zu sehen man sich weigert.«

**Ayn Rand**



Die Bürger gehen nicht auf die Straße. Der Deutsche macht keine Revolution. Wenn er am Bahnhof demonstrieren geht, wird er erst mal eine Bahnsteigkarte lösen. Das soll sogar schon Lenin erkannt haben, dem das (nicht wirklich belegte) Zitat zugeschrieben wird: »Revolution in Deutschland? Das wird nie etwas, wenn diese Deutschen einen Bahnhof stürmen wollen, kaufen die sich noch eine Bahnsteigkarte.« Der deutsche Michel: Brav. Lieb. Obrigkeitsgläubig.

Der Bürger neigt nicht zum Demonstrieren. Das überlässt er lieber dem Proletariat bzw. den Proleten. 2000 bezahlte Antifa-AktivistInnen mischen Deutschland mehr auf als 15 bis 20 Millionen Leistungsträger, die mit ihrer Arbeit den ganzen Laden zusammenhalten. G-20 in Hamburg mit ein paar Molotow-Cocktails macht mehr Wind als 1800 Milliarden Euro Steuern und Abgaben, die von den Fleißigen, Pflichtbewussten, Leistungsorientierten dieses Landes erbracht werden.

Um akzeptiertes Mitglied einer Schafsherde zu werden, muss man vor allem eines sein: ein Schaf.

In der durch die empirische Beobachtung der letzten Jahrzehnte gestärkten Überzeugung scheint die politische Klasse Europas, insbesondere Deutschlands, davon auszugehen, dass sie die Leistungsträger als Schafsherde behandeln kann, dass es nicht zu einer bürgerlichen Revolte und Revolution kommt. Die Erwartung der Folgenlosigkeit des zur Fassungslosigkeit einladenden Tuns unserer Machteliten verführt diese in zunehmendem Maße dazu, den Wohlstand, der von einer kleinen, ja immer schneller schrumpfenden Minderheit des Volkes erwirt-

schaftet wird, als Selbstbedienungstheke, als Buffet zu betrachten, an dem man sich unverdient und dreist bereichern kann. Die Fantasie bei der Bereicherung korrupter Fußstruppen kennt dabei kaum noch Grenzen.

Der Bürger wird herangezogen, die Indoktrination, die ihn klein hält und verdummt, auch noch selbst zu finanzieren. Die ARD gibt 120 000 Euro des ihr gutgläubig anvertrauten Geldes der Bürger für ein Handbuch der Meinungsmanipulation, genannt »Framing« aus.<sup>5,6</sup> Das ist Portokasse bei einem Budget von 9,1 Milliarden.<sup>7</sup> Die Kanzlerin beschäftigt eine Abteilung mit der Aufgabe des »Nudging«, der subtilen Beeinflussung des Wahlvolkes zur manipulativen Verhaltensänderung.<sup>8</sup>

In unzähligen Posten der öffentlichen Haushalte finden sich versteckte Transfers an politische Interessen- und Kampfgruppen, deren ganzes Handeln und deren Ideologie gegen die Interessen der Leistungsträger des Bürgertums gerichtet sind. Unter dem Deckmantel politischer »Stiftungen« und sogenannter »Nichtregierungs-Organisationen« (Non-Governmental Organisations, »NGOs«)<sup>9</sup> werden Aktivitäten finanziert, die sich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung richten<sup>10</sup>, und niemanden scheint es zu kümmern. Ideologische Schemata vom »Klimaschutz« bis zur »Flüchtlingshilfe« werden gebraucht, um großflächig Möglichkeiten für die politischen Insider zu schaffen, Steuermittel für private Zwecke in korrupter Manier abzugreifen.<sup>11</sup>

Die Umverteilung durch versteckte Mechanismen der Geld- und der Europapolitik erreicht mittlerweile Dimensionen, die mehr als die Hälfte des Vermögens der Deutschen quasi der programmierten Enteignung zuführen. Target-2, der allseits bekannte Billionenkredit der deutschen Bundesbank<sup>12</sup> und damit des deutschen Steuerzahlers an die Defizitländer der Eurozone, wird ergänzt und flankiert von einer immer größeren Zahl von Maßnahmen der Risikoteilung, die in Wahrheit Risikoüberwälzung der verschwenderisch wirtschaftenden Um-

verteiler an die solide wirtschaftenden Bürger in Europa darstellen. Unter dem Etikettenschwindel der »Bankenunion« wird eine weitere Schleuse zu den bereits installierten »kommunizierenden Röhren« des Geldes und des Risikos in Europa hinzugefügt.<sup>13</sup> Ihnen allen ist eines gemeinsam: Die Risiken fließen immer in ein und dieselbe Richtung, nämlich nach Norden, und die Gelder fließen in die entgegengesetzte Richtung, nämlich nach Süden.

Wo Geld in Bewegung gesetzt wird, da positionieren sich die Schleusenwärter einer korrupten Bürokratie, einer neuen »Classe distributive«<sup>14</sup>, einer verteilenden Klasse des neuen europäischen Adels. Sie sehen die gewaltigen Ströme der Umverteilung als Gelegenheit und Chance, den Rahm an diesem Strom von Milch und Honig abzuschöpfen. Je mehr Umverteilung, desto mehr Existenzberechtigung beansprucht die kafkaeske Brüsseler Bürokratie, die keine demokratische Legitimation hat, sie auch nicht will und geradezu ablehnt, da diese mit stärkerer Kontrolle und Verantwortung vor dem Souverän einhergehen würde. Denn die Tatsache, dass die Bürger Europas ein – weitgehend machtloses – EU-Parlament wählen dürfen, lenkt von der Tatsache ab, dass die Kontrollbefugnisse dieser Debattierunde praktisch bedeutungslos sind und sich das Haus nach einem Wahlrecht zusammensetzt, bei dem das Prinzip »eine Person – eine Stimme« nachgerade verhöhnt wird. So benötigen zum Beispiel die Wähler in Malta oder Luxemburg im Vergleich zu Deutschland weniger als ein Zehntel der Wählerstimmen, um einen Abgeordneten in das EU-Parlament zu entsenden. So funktioniert Demokratie nicht, und demokratische Kontrolle wird zur Farce. Wer die ganze Tragweite der auf Aushebelung der demokratischen Kontrolle angelegten EU-Bürokratie begreifen will, dem empfehle ich die Lektüre des Buches »The Rotten Heart of Europe« von Bernard Connolly.

Die Krönung der Regierung am Volk vorbei ist die Weigerung der Regierenden, das Volk überhaupt noch als Souverän

anzuerkennen. Frei nach Brecht, der in seiner Kritik an den DDR-Machthabern im Zuge des Aufstandes von 1953 formulierte, dass die Regierung sich doch ein neues Volk suchen möge<sup>15</sup>, haben die abgehobenen politischen Eliten Europas unter der Führung von Juncker, Macron und Merkel damit begonnen, diesen ironischen Satz wörtlich zu nehmen und mit einer Öffnung der Schleusen für eine seit 1600 Jahren nicht gesehene Völkerwanderung in Europa die tektonischen Platten unserer westlichen Zivilisation zu verschieben. Es ist ihnen klar, dass die Herrschaft der Lüge nur von zeitlich begrenzter Dauer sein kann. Also haben sie sich aufgemacht, die Realität an ihre Lüge anzupassen. Die Schaffung eines eingewanderten neuen Proletariats in ganz Europa soll die Notwendigkeit ihrer auf Umverteilung und bürokratische Zuteilung ausgerichteten Existenz nach ihrem Willen auf ewig zementieren. Dafür möchte man den mit KanzlerInnen-Selfies, Werbevideos und Rundum-Vollkasko-Versorgungspaket Gerufenen möglichst schnell das Wahlrecht verleihen. Zum Volk hat Frau Merkel sie ja schon ernannt.<sup>16</sup>

Wo das noch nicht ausreicht, um den Wählerwillen ins Gegenteil des Volkswillens zu verkehren, helfen Quoten, die dem allgemeinen, freien und gleichen Wahlrecht Hohn sprechen und deren Idee und Konzeption eine tiefe Verachtung für eben dieses Volk bzw. die europäischen Völker offenbart.<sup>17</sup>

So wird die Demokratie zur Travestie ihrer selbst.

Die wirtschaftlichen Ungleichgewichte, bedingt durch eine ebenfalls auf Umverteilung ausgerichtete Geldpolitik, haben mittlerweile ebenfalls den Bruchpunkt erreicht. Wir stehen vor einer epochalen Wirtschaftskrise. Das monetäre System steht vor seinem Kollaps.<sup>18</sup> Die Konsequenz wird eine gesamtwirtschaftliche Verwerfung sein, wie Europa sie seit 1929 nicht gesehen hat. Die verborgenen Kosten der Enteignung des Bürgertums, der Leistungsträger unserer Gesellschaft, werden in aller Brutalität sichtbar werden. Der aufgesparte Schmerz von

40 Jahren unterdrückter Volatilität und Weigerung zur Anpassung und zum Lernen wird in kürzester Zeit auf diese Gesellschaft treffen. Sie ist, verblendet vom Konsumterror und geblendet durch die Vorspiegelungen der Einheitsmedien, in keiner Weise auf diese Krise vorbereitet.

Wenn sich diese Wirtschaftskrise entfaltet, wird es zur finalen Auseinandersetzung kommen. Einige Tausend zu allem entschlossene, gewaltbereite, ideologisierte Fußtruppen der Antifa, verstärkt durch ein Heer gewaltbereiter Islamisten, stehen dann gegen die bürgerliche und freiheitliche Ordnung in Europa. Sie werden die Not, die Arbeitslosigkeit, die Existenzangst der Menschen im Sinne einer kommunistischen Revolution zu nutzen suchen. Es stellt sich dann die Frage nach unserer freiheitlichen und zivilisatorischen Existenz.

Dann stellt sich aber auch die Frage nach der Konterrevolution. Es stellt sich die Frage nach der bürgerlichen Revolution gegen die neofeudalistischen Sozialisten. Es stellt sich die Frage, ob wir eine Herde von Schafen sein wollen oder ob wir Mittel und Wege finden, uns eben nicht zur Schlachtbank führen zu lassen. Es stellt sich die Frage, ob es uns gelingt, das Bürgertum aus seinem Schlaf zu erwecken. Es stellt sich die Frage, ob die Leistungselite bereit und in der Lage ist, die freiheitliche Kraft der bürgerlichen Revolution, die schon einmal eine Adelskaste in Pension geschickt hat, zu neuer Blüte zu führen. Es stellt sich die Frage nach Freiheit oder Knechtschaft.

Das ist unsere Ausgangslage.